

Sessionsbericht – Sommersession 2025

2. – 20. Juni 2025

Von Christian Steiner, Fraktionssekretär

Vielen Dank, Thierry Burkart!

Zu Beginn der Session hat unser Parteipräsident seinen Rücktritt auf die DV im Oktober bekannt gegeben. Diese Nachricht kam unerwartet und hallt noch immer nach. Es wurde eine Findungskommission unter der Leitung von Nationalrat Beat Walti eingesetzt. Doch klar ist, dass man Thierry Burkart nicht so einfach ersetzen kann. Er hat das Profil der Partei geschärft und wichtige Änderungen angestossen und umgesetzt. Eine freisinnige Stimme ist wichtig. Zwar sind die Abschaffung der Heiratsstrafe durch die Einführung der Individualbesteuerung und die Abschaffung des Eigenmietwerts aufgegleist, doch sie sind noch nicht in trockenen Tüchern. Beides wären wichtige Schritte, um das Ziel von Thierry Burkart zu erreichen: die arbeitende Bevölkerung zu entlasten. Es braucht aber nicht nur einen starken Mittelstand. Auch der Staat muss saniert werden. Deshalb ist beim Entlastungspaket weiterhin freisinniger Mut und Tatendrang gefragt, wie ihn Thierry Burkart verkörpert. Die gute Nachricht ist, dass Thierry Burkart uns noch bis im Oktober als Präsident und danach als Ständerat begleitet und damit den bürgerlich-liberalen Kurs der FDP fortsetzt. Schon jetzt möchte ich mich bei ihm bedanken – für alles, was er für die Partei getan hat und weiterhin tun wird.

1 Historischer Erfolg: Individualbesteuerung angenommen

Es ist vollbracht: National- und Ständerat haben in der Schlussabstimmung die Einführung der Individualbesteuerung beschlossen! Ein historischer Entscheid, der dank der FDP zustande kam. Was wir seit Jahren fordern und mit Überzeugung vorangetrieben haben, wird nun Realität. Die Individualbesteuerung beseitigt systematische Benachteiligungen von Zweitverdienenden und schafft Anreize zur Erwerbstätigkeit.

Die FDP Schweiz feiert diesen Entscheid mit grossem Stolz. Unsere liberalen Werte haben sich durchgesetzt – mit Ausdauer, Vernunft und Überzeugung. Wir danken allen, die diesen Meilenstein möglich gemacht haben, und setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass die Individualbesteuerung auch das Referendum übersteht und möglichst rasch umgesetzt werden kann.

2 Saftige Rechnung für den Mittelstand

Mitte-links entscheidet sich für eine massive Mehrbelastung des Mittelstands: nicht nur höhere Mehrwertsteuern, sondern auch mehr Lohnbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen dafür genutzt werden, einen rücksichtslosen Ausbau der AHV zu finanzieren. Als Teil der Finanzierung der 13. AHV-Rente hat die Allianz der Giesskannenverteiler auch die Mitte-Initiative zur Plafondaufhebung bereits vorfinanziert – über die noch gar nicht abstimmt wurde. Nachdem bereits eine Mehrheit aus Mitte, SP und Grünen in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit sich für diesen Vorschlag entschieden hat, ziehen die gleichen Farben im Ständerat nach. Die FDP wird in der Schwesterkommission und im Nationalrat weiter gegen die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung ankämpfen. Ein Ausbau der Sozialleistungen, für den mit immer mehr Steuern und Abgaben bezahlt wird, ist inakzeptabel.

3 Intensive Diskussionen über SRG-Initiative

Die Diskussionen im Nationalrat um die SRG-Initiative, die eine Reduktion der Radio- und Fernsehgebühr auf 200 Franken pro Jahr von aktuell 335 Franken vorschlägt, waren intensiv. Verschiedene Nationalräte der FDP vertraten beiderlei die unterstützende und die ablehnende Seite. Das Thema ist hochemotional und wird auch weiterhin zu Diskussion führen. Nachdem ein Rückweisungsantrag und ein direkter Gegenvorschlag abgelehnt wurden, stimmte der Nationalrat dem Entwurf des Bundesrats zu. Dieser lehnt die Volksinitiative in der eingereichten Fassung ab, hat sich aber für einen Gegenvorschlag mit dem Ziel entschieden, Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats diskutiert als nächstes das Geschäft.

4 Sinnvoller Jugendschutz ohne Werbeverbot

Die Räte haben die Änderung des Tabakproduktegesetzes vollständig bereinigt und die Vorlage in der Schlussabstimmung angenommen. Die Revision ging von der Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» aus, die im Februar 2022 bei Volk und Ständen erfolgreich war. Die FDP hat sich in den Beratungen dafür eingesetzt, dass ein sinnvoller Jugendschutz sowie auch die Möglichkeit besteht, spezifisch bei erwachsenen Personen zu werben. Sie konnte diese Anliegen mit Erfolg einbringen. Das neue Gesetz enthält nun klare Einschränkungen bei der Werbung von Tabak, die Kinder und Jugendliche schützen, aber weiterhin den Raum für Printmedien und Verkaufspersonal, spezifisch Erwachsene zu adressieren.

5 Grünes Licht für das Militärbudget

Der Nationalrat hat ein Militärbudget von 1,69 Milliarden Franken für das Jahr 2025 genehmigt, wovon 1,5 Milliarden für die Rüstung vorgesehen sind. Dieser Beschluss steht im Einklang mit dem Ziel des Parlaments, bis 2032 ein Prozent des BIP für die Armee bereitzustellen. Unsere Nationalrätin Jacqueline de Quattro hat zu Recht betont, dass es angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen notwendig ist, «unsere

Durchhaltefähigkeit zu erhöhen». Die Neutralität der Schweiz ist nur mit einer abschreckenden Verteidigung glaubwürdig. Bedauerlicherweise wurde der Antrag unseres Nationalrats Heinz Theiler auf eine zusätzliche Milliarde für Munition mit 97 zu 77 Stimmen abgelehnt, wodurch die Wirksamkeit unserer künftigen Systeme eingeschränkt wird.

6 Die FDP korrigiert die Fehler der Mitte-Links-Parteien

Der Ständerat hat die Lockerung der Waffenexporte beschlossen und damit eine Idee unseres Präsidenten Thierry Burkart verwirklicht. Diese pragmatische Reform schützt unsere strategische Verteidigungsindustrie und bewahrt gleichzeitig unsere internationale Glaubwürdigkeit. Angesichts verschiedener Boykottdrohungen garantiert dieser Entscheid das Überleben eines für unsere bewaffnete Neutralität lebenswichtigen Sektors.

7 Mehr Fesseln für Wettbewerbschüter

Bei einer Revision des Kartellgesetzes würde man eine technische Angelegenheit erwarten. Die Beratung im Nationalrat bot aber eine lebendige Debatte. Gar über Elmex-Pasta und Stöckli-Ski wurde diskutiert.

Umstritten bei der Gesetzesrevision ist im Wesentlichen der Begriff der «erheblichen Wettbewerbsbeeinträchtigung». Politischer Knackpunkt ist, ob die Wettbewerbsbehörde (Weko) mehr Fesseln erhalten soll. Der Nationalrat – mit der Unterstützung der FDP-Fraktion – hat sich klar gegen eine rein formalistische Praxis ausgesprochen. FDP-Nationalrat Marcel Dobler brachte es in seinem Votum auf den Punkt: «Erforderlich ist, dass sich die Behörde eingehend mit dem Einzelfall und dessen Besonderheiten auseinandersetzt und nicht bloss aufgrund von formalen Elementen eine Wettbewerbschädigung fingiert.»

8 Gesamtarbeitsverträge statt ideologischer Lohnpolitik

Sollen vom Stimmvolk angenommene kantonale Mindestlöhne oder zwischen Sozialpartnern ausgehandelte allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge höher gewichtet werden? Dies war eine der heissen Fragen in Bundesbern während der Sommersession.

Die Parlamentarier fuhren scharfes verbales Geschütz auf. Von der linken Seite hörte man polemische Schlagwörter wie «Ausbeutung» und «Armut». Gar von einem «parlamentarischen Putsch gegen die Lohnabhängigen» war die Rede. Doch es nützte alles nichts. Der Nationalrat entschied deutlich, dass allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge Vorrang haben sollen. Das ist wichtig und richtig. Denn mit dieser Gesetzesänderung wird «die Rechtsunsicherheit behoben und die bewährte Sozialpartnerschaft, die durch kantonale Gesetze zu erodieren droht, gestärkt» – wie FDP-Nationalrat Marcel Dobler treffend in der Debatte festhielt.

Die geplante Gesetzesänderung kommt nun in den Ständerat, der allem Anschein nach auch zugunsten allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsverträge entscheiden wird. Kommt es so weit, ist mit einem Referendum zu rechnen. Die emotionale Debatte wird uns noch lange beschäftigen.

9 Dialog statt Zölle

Die weltwirtschaftliche Lage bleibt von Unsicherheit geprägt. Protektionismus, geopolitische Spannungen und eine Schwächung des Multilateralismus belasten den freien Handel. Für die exportorientierte Schweiz sind verlässliche internationale Wirtschaftsbeziehungen von zentraler Bedeutung. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass unser Land auch unter schwierigen Bedingungen Zugang zu wichtigen Märkten behält.

Die angekündigten US-Zusatzzölle sind ein ernstzunehmendes Signal. Umso erfreulicher ist es, dass die Schweiz frühzeitig den Dialog mit den USA gesucht hat. Besonders Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter danken wir für

ihren vorausschauenden Einsatz und ihr diplomatisches Geschick in den Gesprächen mit der US-Regierung – ihr Engagement verdient Anerkennung.

Gleichzeitig fordern wir, dass die Schweiz ihre Beziehungen zu weiteren Schlüsselpartnern wie der EU und China strategisch ausbalanciert. Nur mit einer wirtschaftlich breit abgestützten Aussenpolitik können wir langfristige Stabilität und Wohlstand sichern. Die FDP bleibt verlässlich die Stimme der unternehmerischen Freiheit – auch in einer zunehmend fragmentierten Welt.

10 Kein Beschwerderecht bei Wasserkraftprojekten

Der Ständerat bleibt sich treu und hält an seinem Kurs fest: Er will das Verbandsbeschwerderecht für 16 Wasserkraftprojekte des Runden Tisches abschaffen. Das ist wichtig, denn ohne diese vom Volk absegneten Projekte wird es noch schwieriger, den nötigen Zubau sicherzustellen. Durch Einsprachen von Umweltverbänden dauert es oft mehrere Jahre länger, bis ein Projekt gebaut werden kann. Das wollen links-grüne Kreise jedoch nicht einsehen. Sie bleiben stur und drohen bereits seit Längerem mit dem Referendum. In einem anderen Punkt, den Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, kommen sich die Räte dagegen näher. Das Gesetz schreibt bei Wasserkraftprojekten solche Maßnahmen vor, um die unvermeidbaren ökologischen Auswirkungen zu kompensieren. Die Vorlage geht zunächst zurück an den Nationalrat.

11 Stalking unter Strafe

Die 2019 von der Kommission für Rechtsfragen eingereichte Initiative zur expliziten Strafbarkeit von Nachstellung hat im Parlament für brisante Debatten gesorgt. Im Zentrum stand die Frage, ob Stalking jederzeit automatisch verfolgt werden muss oder nur dann, wenn Opfer ausdrücklich Strafantrag stellen. Der Nationalrat forderte, dass Behörden in partnerschaftlichen Fällen sofort einschreiten sollen, ähnlich wie bei häuslicher Gewalt, um Betroffene von Anfang an zu schützen. Die Rechtskommission des Ständerats und der Bundesrat argumentierten, dass Stalking ein abstraktes Gefährdungsdelikt ist. Die Autonomie der Opfer müsse gerade in Trennungssituationen gewahrt bleiben, da eine automatische Verfolgung sie sonst zu weiterem Kontakt mit dem Täter zwingen oder neuem Druck aussetzen könnte. Trotz des engagierten Einsatzes der FDP-Fraktion im Nationalrat für eine Officialverfolgung in Paarbeziehungen setzte sich in der Einigungskonferenz die Position von Ständerat und Bundesrat durch. Das Ergebnis lautet nun, dass Stalking in allen Fällen auf Strafantrag verfolgt wird.

12 Nachbesserung im EU-Migrations- und Asylpakt nötig

Der EU-Migrations- und Asylpakt sieht vor, dass sich die Schweiz als assoziierter Staat an fünf der sechs Verordnungen beteiligt: Asyl- und Migrationsmanagement (AMMR), Krisenverordnung, Grenz- und Rückführungsverfahren, Eurodac sowie Überprüfungsverordnung. Dazu muss das Parlament den Notenaustausch mit der EU genehmigen und entsprechende Anpassungen im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) sowie im Asylgesetz beschließen. Ziel ist es, das System bei steigendem Migrationsdruck krisenresistenter zu machen, die Verantwortung innerhalb Europas gleichmäßiger zu verteilen und irreguläre Migration wirksam einzudämmen.

Beim Bundesbeschluss 1 enthielt sich die FDP-Fraktion grösstenteils, was zur Ablehnung des Entwurfs im Nationalrat führte. Die Fraktion argumentierte, eine Teilnahme am Solidaritätsmechanismus müsse freiwillig bleiben und dürfe nur über finanzielle Beiträge erfolgen. Diese Beiträge sollen haushaltneutral aus den bereits zugesagten Kohäsionsmitteln von einer Milliarde Franken stammen, ohne zusätzliche Bundesgelder. Da der Bundesrat das Resettlement-Programm bereits um zwei Jahre verlängert hat, sei ein weiteres «Resettlement» innerhalb der EU nicht nötig. Die vorhandenen Kohäsionszahlungen könnten stattdessen direkt für den Solidaritätsmechanismus verwendet werden, ohne dass das Parlament über neue Mittel entscheiden müsste. Ganz wichtig ist dabei, dass Solidaritätsmassnahmen nur dann geleistet werden, wenn die betreffenden Staaten sich strikt an das Dublin-Verfahren und ihre Rückübernahmeverpflichtungen halten, denn wir dürfen keine

finanziellen Leistungen an Länder entrichten, die diese Regeln nicht einhalten. Die konkrete Ausgestaltung der freiwilligen, rein finanziellen Beteiligung liegt nun bei den zuständigen Kommissionen.

13 Die Verträge sind da

Der Bundesrat hat die neuen Verträge mit der EU veröffentlicht. Damit endet eine Zeit der Spekulationen. Während die SVP in Unkenntnis der Fakten den Untergang des Vaterlandes heraufbeschwor, verschenkten manche Befürworter verfrüht ihre Zustimmung. Nun braucht das Land mehr Ehrlichkeit und Realismus.

Die neuen Verträge haben zum Ziel, die Vorteile des bilateralen Weges für die Schweiz zu sichern. Gleichzeitig ist klar, dass sie auch einige unserer Verpflichtungen gegenüber der EU formalisieren. Vorteile oder Verpflichtungen: Was fällt für die Bürgerinnen und Bürger stärker ins Gewicht? Ab dem heutigen Tag wird die FDP die neuen Verträge entlang dieser Frage prüfen. Für diese Arbeit hat die FDP im Dezember 2024 eine zwölfköpfige Gruppe aus Befürwortern und Kritikern eingesetzt, die Vorschläge zur Positionierung an die Delegiertenversammlung erarbeiten wird. Nicht die Parteileitung, sondern die Delegierten haben innerhalb unserer Partei das letzte Wort. Am 18. Oktober werden sie darüber entscheiden, wie sich die FDP positioniert.

14 Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht. Wahl von zwei nebenamtlichen Richtern oder Richterinnen

Die vereinigte Bundesversammlung wählt für die Stelle als nebenamtlicher Richter an das Bundesgericht Herrn Patrick Bischoff (d, SVP). Der promovierte Jurist und Inhaber des Anwaltspatents ist derzeit Ersatzmitglied des Obergerichts Zürich und Staatsanwalt im Kanton Schwyz. Er leitet in der dortigen Staatsanwaltschaft die Abteilung für Wirtschaftsdelikte und Internetkriminalität.

Die Stelle für eine französischsprachige Person wird angesichts der wenigen Bewerbungen im Hinblick auf eine Wahl in der Herbstsession ein weiteres Mal ausgeschrieben.

15 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

25.3552 (*Sprecher: NR Walti und NR Cottier*). **D.Ip. Fraktion RL. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: Wie navigiert uns der Bundesrat durch die Turbulenzen?**

Text:

Die geopolitische Lage ist derzeit von Unsicherheit und Instabilität geprägt. Nach Jahrzehnten der Globalisierung nehmen Regionalisierung, Polarisierung und Fragmentierung zu, was den Multilateralismus schwächt. In der Wirtschafts- und Handelspolitik der Grossmächte verschiebt sich der Fokus von Marktöffnung hin zu Protektionismus und zur wirtschaftlichen Kontrolle. Aktuelle Entwicklungen wie die angekündigten US-Zusatzzölle und mögliche Gegenreaktionen, etwa von China oder der EU, belasten den internationalen Handel zusätzlich. Das ist besorgniserregend, da gute Beziehungen der Schweiz mit ihren Wirtschafts- und Handelspartnern unverzichtbar sind (siehe auch Motion 24.4512).

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass die Schweiz einen Dialog mit den USA in Gang setzen konnte. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat mit Blick auf diese Gespräche um die Beantwortung folgender Fragen:

- Was macht der Bundesrat konkret, um die von den USA angekündigten Zölle für die Schweiz zu verhindern?
- Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um ein möglichst geregeltes Verhältnis mit den USA zu gewährleisten und die von der Trump-Regierung ausgehenden Unsicherheiten für die Unternehmen in der Schweiz bestmöglich abzdämpfen?

Die von den USA ausgelösten Unsicherheiten gehen über die rein bilateralen Handelsbeziehungen hinaus.

«Für die Schweiz als stark exportorientiertes Land ist der bestmögliche Zugang zu ausländischen Märkten zentral», wie der Bundesrat in seiner Antwort zur Motion 24.4512 schreibt. Daher bitten wir den Bundesrat, auch folgende Fragen zu beantworten:

- Wie gewährleistet der Bundesrat, dass seine Massnahmen gegenüber den USA im Einklang mit den Interessen der Schweizer Handelsbeziehungen zu anderen wichtigen Handelspartnern wie der EU und China stehen?
- Welche Entwicklungen und Möglichkeiten in den multi- und bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ortet der Bundesrat über die Beziehungen mit den USA hinaus?
- Welche Risiken – nebst den durch mögliche US-Zölle ausgelösten Verwerfungen – gibt es sonst noch in der weltwirtschaftlichen Entwicklung und wie gedenkt der Bundesrat darauf zu reagieren?

25.3661 Po. Fraktion RL (*Sprecher: NR Schilliger*). **24-Stunden-Asyl: Mehr Illusion als Realität**

Text:

Seit der Bundesrat vor knapp einem Jahr das 24-Stunden-Verfahren für Asylsuchende aus Nordafrika landesweit eingeführt hat, um abgewiesene Personen rasch zurückzuführen, zeigt sich in der Praxis ein deutlich anderes Bild: Gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) dauern diese Verfahren im Schnitt 22 Tage an, statt der versprochenen 24 Stunden. Zudem hätten über 90 Prozent der Asylsuchenden aus dem Maghreb keine Identitätsnachweise, also Pässe, Ausweise oder andere Dokumente, womit sich die Rückführung in die Heimatstaaten als sehr schwierig erweist. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen wurden im Jahre 2025 bereits dem 24-Stunden-Verfahren unterstellt?
2. Bei wie vielen Personen davon reichte auch ein 24-Tage-Verfahren nicht? Was sind die Gründe für das überlange Verfahren?
3. Wie lange dauert es im Mittel zwischen dem negativen Asylentscheid und der effektiven Rückführung von Personen aus Nordafrika?
4. Wie viele der im Jahr 2025 im 24-Stunden-Verfahren entschiedenen Gesuche wurden bislang tatsächlich rückgeführt?
5. Mit welcher durchschnittlichen Dauer zwischen Entscheid und Rückführung zeichnet sich diese Gruppe aus?
6. Welche konkret geplanten oder bereits umgesetzten Massnahmen ergreift der Bundesrat, damit Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden aus Nordafrika künftig zeitnah und im angekündigten 24-Stunden-Rahmen durchgeführt werden können?

25.3669 Po. Fraktion RL (Sprecher: NR Giacometti). Überprüfung und allfällige Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für eine rasche Katastrophenhilfe des Bundes

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche gesetzlichen Regelungen für die zeitnahe Unterstützung einer inländischen Katastrophenhilfe vorhanden sind bzw. fehlen. Der Bericht soll darlegen, welche Voraussetzungen, Zuständigkeiten und Verfahren für finanzielle und organisatorische Unterstützungsleistungen des Bundes im Falle von Naturkatastrophen oder anderen Schadensereignissen grosser Tragweite bestehen oder geschaffen werden müssten.

Insbesondere soll der Bericht:

- die Bedingungen für die Soforthilfe präzisieren,
- die Rolle des Bundes gegenüber betroffenen Kantonen und Gemeinden klären,
- die Zusammenarbeit mit bestehenden Systemen (z.B. Versicherungen, Zivilschutz, Armee, Kantone) untersuchen,
- und eine rechtliche Bewertung der aktuellen Regelungen (z.B. Bevölkerungsschutzgesetz [SR 520.1], Militärgesetz [SR 510.10], Finanzhaushaltsgesetz [SR 611.0], Art. 57 und 5a BV) vornehmen.

Der Bericht soll zudem aufzeigen, ob eine gesetzliche Grundlage für eine standardisierte und rechtsstaatlich abgesicherte Unterstützung in Katastrophenfällen nötig ist, beispielsweise in Form einer spezialisierten Bundesgesetzgebung.

Begründung:

Der Bergsturz vom 28. Mai 2025 im Dorf Blatten im Kanton Wallis hat auf dramatische Weise gezeigt, wie rasch und umfassend Naturereignisse Schweizer Gemeinden treffen können. Das Ereignis führte zur Evakuierung der Bevölkerung, zur Zerstörung der Infrastruktur und zu einem Bundesratsantrag auf finanzielle Soforthilfe mittels dringlichem Bundesgesetz – ein Schritt, der zwar notwendig war, jedoch die ad-hoc-Charakteristik solcher Hilfen unterstreicht.

Es stellt sich die Frage, ob die heutige Gesetzgebung ausreicht. Zur Aufarbeitung dieses Defizits soll der Bundesrat auch eine Übersicht über Bundesbeiträge bei Naturereignissen der letzten zehn Jahre vorlegen, insbesondere – aber nicht ausschliesslich – zu:

- Berg- und Felsstürzen in Blatten/VS (2025), Brienz/GR (2023/24), Bondo/GR (2017),
- Überschwemmungen und Murgänge (u.a. 2024 im Wallis und Tessin, 2021 Brienz/BE, Cressier/NE, Berner Jura, Waldenburg, Sissach/BL, Vordemwald/AG, March/SZ),
- Starkregenereignissen 2021,
- Stürmen wie Eleanor/Burglind (2018), Ciara/Sabine (2020), Tornado in La Chaux-de-Fonds/NE (2023).

Für diese Ereignisse sollen, soweit möglich, die finanziellen Mittel, die Bedarfslage, die verwendeten Rechtsgrundlagen und die Auswirkungen zusammengefasst und analysiert werden.